



Pressemitteilung

Nummer 72/14 vom 12. März 2014

Seite 1 von 2

Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G7 zur Ukraine

HAUSANSCHRIFT
Dorotheenstr. 84
10117 Berlin

POSTANSCHRIFT
11044 Berlin

TEL + 49 (0)3018 272-2030
FAX + 49 (0)3018 272-3152

cvd@bpa.bund.de
www.bundesregierung.de
www.bundestkanzlerin.de

— Wir, die Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Japans, Kanadas, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten sowie der Präsident des Europäischen Rates und der Präsident der Europäischen Kommission rufen die Russische Föderation auf, alle Versuche zur Änderung des Status der Krim zu beenden, die gegen ukrainisches Recht und das Völkerrecht verstoßen. Wir fordern die Russische Föderation auf, Maßnahmen zur Unterstützung eines Referendums über den Status der Krim auf deren Gebiet, welche die ukrainische Verfassung unmittelbar verletzen, unverzüglich einzustellen.

Ein solches Referendum hätte keine Rechtskraft. Aufgrund der unzureichenden Vorbereitung und der einschüchternden Präsenz der russischen Truppen wäre es darüber hinaus ein zutiefst fehlerhafter Prozess ohne moralische Wirkung. Aus all diesen Gründen würden wir das Ergebnis nicht anerkennen.

Eine Annektierung der Krim durch Russland wäre eine klare Verletzung der VN-Charta, der russischen Verpflichtungen aus der Schlussakte von Helsinki, der von Russland gegenüber der Ukraine im Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft von 1997 eingegangenen Verpflichtungen, des Stationierungsabkommens zwischen Russland und der Ukraine von 1997 und der im Budapester Memorandum von 1994 von Russland eingegangenen Verpflichtungen. Zusätzlich zu den Auswirkungen, die eine Annektierung der Krim auf die Einheit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine hätte, könnte sie schwerwiegende Folgen für die rechtliche Ordnung, welche die Einheit und Souveränität aller Staaten schützt, nach sich ziehen. Sollte die Russische Föderation einen solchen Schritt unternehmen, werden wir weitere Maßnahmen – sowohl einzeln als auch gemeinsam – ergreifen.

Wir rufen die Russische Föderation auf, den Konflikt auf der Krim und in anderen Teilen der Ukraine unverzüglich zu entschärfen, ihre Truppen auf die Vor-Krisen-Stärke zurückzuführen und in die Kasernen zurückzuziehen, direkte Gespräche mit der Regierung der Ukraine aufzunehmen und die Vermittlungs- und Beobachtungsangebote der in-



Nummer 72/14 vom 12. März 2014
Seite 2 von 2

ternationalen Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen, um etwaige legitime Anliegen aufzugreifen. Wir, die Staats- und Regierungschefs der G7, fordern Russland dringend auf, gemeinsam mit uns auf diplomatischem Wege an der Lösung der gegenwärtigen Krise zu arbeiten und Fortschritte in Richtung auf eine souveräne, unabhängige, integrative und geeinte Ukraine zu unterstützen. Ferner erinnern wir die Russische Föderation an unsere Entscheidung, unsere Beteiligung an Aktivitäten im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines G8-Treffens in Sotschi auszusetzen, bis Russland seinen Kurs ändert und ein Umfeld hergestellt ist, in dem sinnvolle Gespräche im Rahmen der G8 wieder möglich sind.